

Adenauers Deutschland-Politik

Alternative Ideen & Kritik

**Seminar: Auf dem Weg zur Normalität? Die innere
Stabilisierung der Bonner Republik 1949-1989**

bei Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann
Greifswald im März 2009

vorgelegt von:

Sebastian Jabbusch

Matrikelnummer: 107239

11. Fachsemester – Neue & Neuste Geschichte - Nebenfach

sebastian@jabbusch.de - www.sebastianjabbusch.de

“

*Unsere Schuld würde da anfangen,
wo wir uns mit dieser
Teilung abfinden beginnen.*

”

Jakob Kaiser auf eine Rede der Ost-CDU 1947 in Berlin¹

“

*Der von Russland besetzte Teil ist für eine nicht zu
schätzende Zeit für Deutschland verloren.*

”

Konrad Adenauer gegenüber britischen Journalisten 1945²

¹ Rede Kaisers am 16. Juni 1947 auf dem Parteitag der CDUD in Berlin; in: Christian Hacke (Hrsg.), Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988, S. 140; zitiert nach: Zitelmann, Rainer: Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen 1991, S. 184.

² Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1965, S.34; zitiert nach: Overesch, Manfred /Rüschenschmidt, Heinrich , u.a.: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland – Jahre der Entscheidung 1945 – 1949, Hannover 1989, S. 202.

Inhaltsverzeichnis

DECKBLATT	1
EINLEITENDE ZITATE	2
INHALTSVERZEICHNIS	3
1. EINLEITUNG	4
1.1. EINFÜHRUNG IN DAS THEMA	4
1.2. WESENTLICHE ERGEBNISSE	4
2. ADENAUER, DIE WESTBINDUNG UND DIE POLITIK DER STÄRKE	6
2.1. <i>ADENAUERS POLITISCHES WELTBILD NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG</i>	6
2.2. <i>DIE IDEE DER „POLITIK DER STÄRKE“</i>	7
2.3. <i>ZUSAMMENFASSUNG</i>	8
ALTERNATIVE POLITISCHE IDEEN FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG	9
2.4. ULRICH NOACK UND DER NAUHEIMER KREIS.....	10
2.5. KURT SCHUMACHER UND DIE SPD	12
2.6. JAKOB KAISER, DER „DRITTE WEG“ UND INTERNE DEBATTEN.....	15
2.7. GUSTAV HEINEMANN UND DIE „AUSKLAMMERUNG“ DEUTSCHLANDS	18
2.8. THOMAS DEHLER UND DER „WILLE ZUR EINHEIT“	21
3. AUFSCHLÜSSE	24
ANHANG	26
I. QUELLEN / QUELLENSAMMLUNGEN:	26
II. LITERATUR:	26
V. WEITERE ANGABEN ZUR ARBEIT:	27

1. Einleitung

OB ADENAUERS WESTINTEGRATION ALS „AUSDRUCK EINER ENTSCHIEDENEN UND REALISTISCHEN POLITIK ZU SEHEN IST ODER ALS EIN HISTORISCHES VERSÄUMNIS, DARÜBER WIRD SEIT FÜNF JAHRZEHNTEN – ZUWEILEN HEFTIG – DEBATTIERT.“

Historiker Jürgen Zarusky 2002³

1.1. Einführung in das Thema

Am 3. Oktober 2010 wird die Wiedervereinigung zwanzig Jahre deutsche Realität sein. Eine Frage ist jedoch auch heute noch umstritten: Wären die 40 Jahre Zweistaatlichkeit vermeidbar gewesen? Hätte man die „Diktatur des Proletariats“, Systemkonfrontation auf deutschem Boden, Kriegsgefahr und Mauerbau vermeiden können? Oder waren Ideen eines vereinten Deutschlands angesichts anbrechenden Kalten Krieges lediglich Träumereien?

Konrad Adenauer war sich schon kurz nach dem Krieg sicher, dass eine Teilung unvermeidbar sei. Das russische Gebiet sei verloren. Die Westzonen sollten ihr Heil im militärischen Schutz des Westens suchen, um nicht auch noch der russischen Machtsphäre anheim zu fallen. Diese Westorientierung vertrat er so vehement, dass sich Zeitgenossen und Historiker fragten, ob er die Teilung, welche er prognostizierte, nicht mit verursachte.

Alternative Ideen und kritische Positionen zu Adenauers Politik gab es viele. Eine ausführliche Übersicht liefert dazu Peter März in „Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten“. Die Vielfalt überrascht: Sie reicht von christlichen Pazifisten, Kommunisten bis hin zum rechtsextremen Rand. Die größte und wichtigste Gruppe, mit dem meisten Rückhalt in der Bevölkerung, waren jedoch die „Neutralisten“, deren Vertreter sich in allen Parteien wiederfanden. Um sie soll sich dieser Hausarbeit im Kern drehen.

Der Zeitraum ist auf die unmittelbare Nachkriegszeit bis zum Jahre 1952 fokussiert. Ausgeschlossen sind die frühen Anstrengungen wie etwa die Bremer Konferenzen der Länderchefs 1946⁴ und die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz (Juni 1947). Sie scheiterten schon vor ihrem Zusammentreten mangels freier Mandate vor allem der Ministerpräsidenten aus den Ländern der russischen und der französischen Zone⁵. Beschränkt wird die Untersuchung zudem auf die westdeutsche Perspektive. Ostdeutsche Initiativen wie die „Volkskongressbewegung“, die schließlich zur Gründung der DDR führte, schienen mir genauso sowjetisch gesteuert wie die Initiativen der späteren DDR-Regierung. Mit dem Scheitern der Stalin-Note und dem Abschluss des Generalvertrags durch die Bundesrepublik 1952, schließt sich meiner Beobachtung nach das Zeitfenster, in dem die gesamtdeutschen Erwägungen eine Chance zur Realisierung gehabt hätten.

Als zentrale Literatur dienten dieser Hausarbeit die Ausführungen von Rainer Zitelmann über „Adenauers Gegner“, das Werk „Die Neutralisten“ von Alexander Gallus, sowie Knud Dittmanns „Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung“.

1.2. Wesentliche Ergebnisse

Um bewerten zu können, ob Adenauers Politik richtig oder falsch gewesen war, bedürfte man – neben den in dieser Arbeit vorgestellten politischen Alternativkonzepten - möglichst sichere Informationen über die Motive aller beteiligten Akteure. Während diese bei den Briten, Franzosen und Amerikanern in etwa einschätzbar

³ Zarusky, Jürgen: Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, Oldenburg 2002, S. 9f.

⁴ Diese zwei Konferenzen hatte der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen einberufen, um eine nationale Regierung vorzubereiten. Erschienen sind jedoch – durch Genehmigung ihrer Besatzungsmächte – nur die Ministerpräsidenten der britischen und amerikanischen Zone. Siehe dazu Grünewald, Wilhard: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Meisenheim am Glan 1971, S. 8-15.

⁵ Vergleiche in ebenda, besonders ab Seite 202 ff.

sind, so sind sie in Russland, trotz Öffnung vieler Archive, weiterhin strittig. Angesichts der Tatsache, dass die Geschichtswissenschaft noch immer über Absichten Stalins und seiner Vertrauten über die Stalin-Note diskutieren⁶, wage ich dazu kein abschließendes Urteil. Zumal selbst bei einer aus heutiger Sicht sicheren Einschätzung der Motivation Stalins immer noch die Frage offen bliebe, welche Informationen der deutschen Bundesregierung über Stalin vorlagen und wie diese Informationen bewertet wurden. Angesichts der Ereignisse in Osteuropa, aber auch der Berlin-Blockade, galt Russland nicht gerade als vertrauenswürdiger Partner.

Ebenfalls schwer einzuschätzen sind Adenauers Motive. Lehnte er die russischen Angebote nur ab, weil er Russland nicht traute, weil er die Bedingungen für unannehmbar hielt oder weil er die Einheit gar nicht wollte? Meinte der Kanzler sein in der Öffentlichkeit artikuliertes Einheitsstreben ernst oder sollte es nur davon ablenken, dass er sich mit der Teilung im Inneren schon arrangiert hatte? Auch hier gibt es einen meiner Meinung nach ernstzunehmenden Dissens (siehe dazu den Abschnitt über Adenauer). Aber selbst wenn Konrad Adenauer die Alliierten zu Wiedervereinungsverhandlungen mit Stalin gedrängt hätte: Hätten die Alliierten auf ihn gehört? Frankreich hatte nicht nur Bedenken zur Neutralität Deutschlands, sondern zur Einheit insgesamt. Auch die Amerikaner waren unentschieden bis ablehnend. Wie groß wäre Adenauers Einfluss in dieser heiklen Frage gewesen?

Und zu guter Letzt ein Blick auf Adenauers Kritiker: Wie sicher waren sie sich wirklich? In der Opposition hatte man gut Reden. Hätte sie in der Regierung – konfrontiert mit der Verantwortung für die Sicherheit des Volkes – am Ende genauso gehandelt?

Angesichts der vielen Unsicherheitsfaktoren erscheinen mir „was wäre wenn“-Fragen müßig. Rainer Zitelmann schreibt in seinen Ausführungen: „Das Urteil [...], ob ‚Adenauer gesiegt hat‘ wird der Leser selbst zu fällen haben - so oder so. Die oftmals übliche aufdringlich-volkspädagogische ‚Zeigefinger-Geschichtsschreibung‘, die den Leser im Kleide angeblich eindeutiger wissenschaftlicher Befunde darüber belehrt, daß der damals beschrittene Kurs der Westintegration der bestmögliche und einzig denkbare gewesen sei, ist dem Autor zuwider.“⁷

⁶ Eine erste Zusammenfassung des Streits aus dem Jahre 1981 findet sich bei Dittmann. Sie enthält bereits drei grundsätzlich unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten. In Reinhard Hübschs Werk von 1998 streiten sich Josef Forscheboth, Hennig Köhler und andere zu dieser Frage nicht nur in längeren Aufsätzen, sondern auch in protokollierten Diskussionen. Eine Aktualisierung liefert Jürger Zarusky 2002 mit zahlreichen weiteren Abstufungen und auch neuen Erkenntnissen russischer Forscher. Eine der neuesten Untersuchungen von Stein Björnstad etwa vermutet, dass Stalin selbst noch nicht wusste, wie weit er gehen wollte. Die Stalin-Note sei demnach ein Testballon gewesen. Nachweise: Dittmann, Knud: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung – Die politische Diskussion des Jahres 1952, Düsseldorf 1981, S. 12 – 14, Fußnote 26 und Hübsch, Reinhard: Als die Mauer wuchs: Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945 – 1970, Berlin 1998, u.a. S. 89-135 und Zarusky 2002, S. 12-17.

⁷ Zitelmann 1991, S. 23.

2. Adenauer, die Westbindung und die Politik der Stärke

DIE AUSSPRACHE MIT RUSSLAND KOMMT ERST,
„WENN DER WESTEN SO STARK IST, SO DAß DIE SOWJETS AUF UNS UND DEN WESTEN HÖREN.“

Konrad Adenauer am 25. März 1952 vor der CDU-Fraktion⁸

Konrad Adenauer wurde am 1. September 1949 zum ersten Kanzler der Bundesrepublik gewählt und bestimmte in diesem Amt die Geschicke des Landes und die Deutschlandpolitik bis 1963. Von 1951 bis 1955 war er zudem gleichzeitig Außenminister, was seine Bedeutung für die Frage der Wiedervereinigung noch verstärkte. Zwischen 1950 und 1966 hatte er auch das Amt des CDU-Vorsitzenden inne.

2.1. Adenauers politisches Weltbild nach dem zweiten Weltkrieg

Adenauer glaubte bereits unmittelbar nach dem Krieg, dass das Deutsche Reich in seinen alten Grenzen vorerst verloren ist. In einem Brief an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz schreibt er: „In dem von ihm [Russland] beherrschten Ländern herrschen schon jetzt andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet und Westeuropa eine Tatsache.“⁹ Und in seinen Memoiren schrieb Adenauer, er habe 1945 gegenüber britischen Journalisten gesagt: „Der von Russland besetzte Teil ist für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren.“

¹⁰

Von Beginn an strebte der erste Bundeskanzler eine Westbindung an. Seine Entscheidung dazu fiel bereits vor seiner Wahl. Im oben genannten Brief an den Duisburger Oberbürgermeister macht er deutlich: „Der nicht von Russland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas. [...] Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Russland besetzten Teiles Deutschlands, sondern auch von England [und] Frankreich, Westeuropa unter ihrer Führung zusammenzuschließen, den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen und wieder gesund zu machen...“

Die Strategie der Westbindung war die Souveränität der Bundesrepublik schneller wieder zurück zu erlangen. Bei Staatsgründung war sie noch durch das Satzungsstatut der Alliierten eingeschränkt. Mit der Westbindung sollte Deutschland wieder als vertrauenswürdiger und verlässlicher Partner wahrgenommen werden. Im Ergebnis sollte dies auch eine deutsche Teilnahme an den Friedensverhandlungen der Siegermächte ermöglichen. Nach dem Potsdamer Abkommen sollten bei diesen Verhandlungen die Wiedervereinigung und die Frage der deutschen Ostgrenze verhandelt werden.

Durch die Westintegration sollte ein neues Vertrauensverhältnis erreicht werden, das auf engen vertraglichen und politischen Verbindungen basiert. Zu diesen Verknüpfungen gehörten in den ersten Jahren der Bundesrepublik die Kohle- und Stahlunion, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der Beitritt zur NATO und die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“¹¹. Bereits 1952 schloss Adenauer mit den Westmächten den Generalvertrag, auch Deutschland-Vertrag genannt, der jedoch erst 1955 in überarbeiteter Version zusammen mit den „Pariser Verträgen“ (Nato-Beitritt, Saarstatut, Beitritt zur WEU) in Kraft trat. Innerhalb von nur

⁸ Dieses Zitat stammt aus einer stenographischen Niederschrift des CDU Abgeordneten Hermann Pünder: Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 488; zitiert nach: Dittmann 1981, S. 174.

⁹ Adenauer, Konrad: Meine Einstellung zur außenpolitischen Lage (Anlage zum Brief Adenauers an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz vom 31. Oktober 1945); in: Morey, Rudolf und Schwarz, Hans Peter: Konrad Adenauer, Briefe 1945 – 1947, Rhöndorf 1983, S. 130f; zitiert nach: Overesch/Rüschenschmidt 1989, S. 78.

¹⁰ Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1965, S.34; zitiert nach: Die Overesch/Rüschenschmidt 1989, S. 202.

¹¹ Die Ideen fanden sich später in der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wieder.

sechs Jahren erreichte Adenauer so eine weitgehende Aufhebung des Besatzungsstatuts und eine erheblich größere Souveränität.

Adenauer sprach über diesen Ansatz in einer Rede auf dem zweiten Parteitag der CDU 1948: „[...] um dieses Ziel, ein freies und einiges Deutschland zu erreichen, deswegen dürfen wir meines Erachtens keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um wenigstens etwas aus dem jetzigen Zustand der politischen Ohnmacht herauszukommen.“¹²

2.2. Die Idee der „Politik der Stärke“

„Wir müssen darauf vertrauen, daß die westliche Welt so aufgerüstet wird, daß Rußland eines Tages bereit sein muß zu verhandeln und daß dann auf dem Verhandlungswege erreicht werden muß, was wir wollen.“ - Konrad Adenauer am 4. Juli 1951 vor dem Bundesparteiausschuss der CDU ¹³

Während Adenauer im Westen auf Verhandlungen und Kooperation setzte, zeigte er dem Osten die kalte Schulter. Die Bundesrepublik erkannte die DDR als Staat nicht an und schob die Schuld für die Teilung allein der DDR-Regierung und dem Kreml zu.

Adenauers Politik der Stärke hatte zum Ziel Russland zu einer deutschen Wiedervereinigung zu zwingen. Der Historiker Knud Dittmann fasst – an Hand einer Rede Adenauers vom 28.3.1952¹⁴ – vier Punkte der Politik der Stärke zusammen, die ich hier kurz rekapituliere¹⁵.

1. Sie sei militärisch rein defensiv und solle die Sowjetunion davon abhalten, die Bundesrepublik anzugreifen. Russland solle verdeutlicht werden, dass weitere expansive Bestrebungen in Richtung Westen zur Erfolglosigkeit verurteilt seien.
2. Der Kreml habe nur die Möglichkeit, sich auf ein aussichtsloses, jahrelanges Wettrüsten einzulassen oder eine umfassende Friedensregelung mit dem Westen herbeizuführen.
3. Basierend auf der Vorstellung, dass die Sowjetunion schwere wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgaben zu bewältigen habe, könne sie sich ein jahreslanges Wettrüsten auf Dauer nicht leisten.
4. Daher werde der Kreml in nicht allzuferner Zukunft Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Der Westen würde dann als Gegenleistung für die Beendigung des Wettrüstens den Rückzug der Sowjetunion aus Ostmitteleuropa fordern, wozu der Kreml auch bereit sein würde.

Adenauers Politik der Stärke liegt also eine kühle Machtpolitik zu Grunde, bei der die klassische Diplomatie ausgeklammert würde.¹⁶ Der Kanzler erklärte in einer Rundfunkansprache am 11.10.1950 warum: „Einmal hat Acheson¹⁷ gesagt, daß man mit Sowjetrußland nur verhandeln könne auf dem Boden der Gleichheit, das heißt, wenn man gleich stark sei. Aus den Erfahrungen, die wir Deutsche zur Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus gemacht haben, können wir diese Fragestellung Achesons über Verhandlungsmöglichkeiten mit totalitären Staaten nur als durchaus richtig bezeichnen.“¹⁸

¹² Rede Konrad Adenauers auf dem zweiten CDU-Parteitag am 28. und 29. August 1948; zitiert nach Jahn, Hans Edgar: Die deutsche Frage von 1945 bis heute. Der Weg der Parteien und Regierungen. Mainz 1985, S. 41.

¹³ Protokoll Bundesparteiausschuss der CDU vom 4. Juli 1951; zitiert nach Hübsch 1998, S. 98

¹⁴ Abgedruckt im Bulletin BPA, Nr. 38, S. 388; zitiert nach Dittmann 1981, S.188-190.

¹⁵ Vgl. ebenda, S 190f.

¹⁶ Dies soll hier weder positiv noch negativ bewertet werden.

¹⁷ Dean Gooderham Acheson war zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär im Außenministerium der Vereinigten Staaten.

¹⁸ Hohlfeld, Johannes: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Band VI: Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945, S. 540 ff.; zitiert nach Habel, Peter und Kistler, Helmut: Entscheidungen in Deutschland 1949 – 1955, Hof 1977, S. 56/57.

Zwei Dinge möchte ich aus diesem Zitat hervorheben: *Erstens* bezog sich Adenauers Politik nicht nur auf Ostdeutschland, sondern auf die „Befreiung“ von ganz Osteuropa. Adenauers Gegner hingegen bezogen sich stets nur auf Deutschland. *Zweitens*: Bei der Formulierung „Befreiung“ schimmert ein gewisser Antikommunismus durch. Sie lässt sich in vielen Reden nachweisen und prägte Adenauers Denken stark.

Die Tendenz Sowjetrußland praktisch zur Aufgabe der DDR zwingen zu wollen, drückt sich auch in einem Interview Adenauers mit Ernst Friedländer aus: „Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze verklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs [...] in Frieden zu befreien.“¹⁹

Damit stand Adenauers Wiedervereinigungspolitik in Einklang mit der Westintegration und der amerikanischen Containment-Politik, die versuchte, dem russischen Einfluss weltweit entgegenzutreten. Eine neutrale Position zwischen den Blöcken, wie sie im nächsten Kapitel mehrfach beschrieben wird, wäre nur außerhalb des – oder sogar im Widerspruch zum – amerikanischen Rahmen möglich gewesen. Dafür hielt Adenauer die Bundesrepublik allein für zu schwach.²⁰ Die Stalin-Note und die angebotene Neutralität sah Adenauer nicht als Chance, sondern als Störfeuer gegen die Westintegration. Vielmehr hätte die Note bewiesen, „daß, wenn wir auf diesem Wege fortfahren, der Zeitpunkt nicht mehr allzufern ist, zu dem Sowjetrußland sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt“²¹.

2.3. Zusammenfassung

Christian Hacke fasst den Politikstil Adenauers treffend zusammen: „In der Westpolitik entwickelte Adenauer eine kunstvolle, fintenreiche Diplomatie, um mit allen Mitteln Gleichberechtigung und Westintegration für die Bundesrepublik zu erreichen. Dieser aufwendigen, alles prüfenden und erwägenden Westdiplomatie stand eine absolut schroffe und abweisende, ja bisweilen gedankenarme Haltung Adenauers gegenüber, wenn es um die Ost- und Deutschlandpolitik ging.“²²

Kritiker hielten und halten Adenauer vor, durch seine einseitig nach Westen orientierte Politik der jungen Bundesrepublik möglicherweise eine frühe Chance auf Wiedervereinigung genommen zu haben. Besonders wichtig sei dabei Adenauers sofortige Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 gewesen. Die Westbindung als einzig möglicher Weg der Wiedervereinigung sei die „Lebenslüge der Bundesrepublik“ schrieb Rolf Steiniger 1985²³. Im Rahmen dieser Note keine Verhandlungen geführt zu haben, um mögliche Lösungen auszuloten, „bleibt Adenauers historisches Versäumnis.“²⁴ Einige Historiker, darunter Josef Foschepoth, vertreten sogar die These, dass Adenauer eine Wiedervereinigung gar nicht gewollt habe²⁵.

¹⁹ Bulletin des BPA, Nr. 27, S. 262; zitiert nach: Dittmann 1981, S. 174.

²⁰ Eine ausführliche Darstellung der Politik der Stärke und ihrer systemischer Schwächen findet sich bei Dittmann 1981, S.168 ff.

²¹ Siegener Zeitung v. 17. März 1952; zitiert nach: Köhler, Henning: Konrad Adenauer und seine deutschlandpolitische Vorstellungen; in: Hübsch 1970, S. 99.

²² Hacke, Christian: Die CDU und die deutsche Frage; in: Blumenwitz, Dieter und Zieger, Gottfried: Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien, Köln 1989, S. 91.

²³ Steiniger, Rolf: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin 1985, 126

²⁴ Ebenda, 107.

²⁵ Dieser These zufolge habe Adenauer die Forderung nach Wiedervereinigung nur als Mittel zum Zweck benutzt. Der Zweck sei dabei die politische Absicherung der westdeutschen Staatsgründung gewesen. Die Debatte über diese These und die wissenschaftlichen Vertreter beider Seiten hat Rainer Zitelmann 1991 ausführlich dargestellt. Zarusky fasst den Streit im Jahr 2002 aktueller zusammen. Für diese Hausarbeit muss über diese Frage nicht entschieden werden. Vgl. Zitelmann 1991, S. 187, FN 35 und Zarusky 2002, S. 9.

Alternative politische Ideen für die Wiedervereinigung.

„DEUTSCHLAND WIRD NICHT DADURCH GESUNDEN, INDEM MAN DER MARXISTISCHEN GEFAHR EIN LIBERALES SYSTEM ENTGEGENSTELLT UND DANN ZWISCHEN BEIDEN EINE MAUER ERRICHTET.“

Jakob Kaiser 1947²⁶

Neben Adenauers Politik der Stärke wurden noch zahlreiche alternative Möglichkeiten gedacht und politisch gefordert. Wie bereits in der Einleitung geschildert, möchte ich mich dabei auf die „Neutralisten“ konzentrieren, die den größten Rückhalt in der Bevölkerung hatten²⁷.

In den vierziger und fünfziger Jahre waren es vor allem meist einzelne Persönlichkeiten, die sich für ein neutrales Deutschland stark machen. Sie waren häufig als Einzelkämpfer unterwegs, manche eitel und untereinander oft zerstritten. Gallus nennt die Anfangsjahre daher die „Zeit der Solisten“. Daher zeige ich die alternativen Möglichkeiten exemplarisch an diesen Einzelpersonlichkeiten. Bei der Wahl der Persönlichkeiten habe ich mich an Rainer Zitelmann orientiert. Die Personen stammen aus allen wichtigen Parteien: Kurt Schumacher (SPD), Jakob Kaiser (CDU), Gustav Heinemann (CDU, dann GVP, später SPD) und Thomas Dehler (FDP). Mit Ulrich Noack habe ich zudem einen der engagierten und prominentesten außerparlamentarischen Vertreter mit aufgenommen, dessen Position damals intensiv diskutiert wurde. Außen vor bleiben die letztlich erfolglosen Tagungen des „Deutschen Kongresses“²⁸ und die zahlreichen mehr oder weniger unbedeutsamen Randgruppen wie Wolf Schenkes „Dritte Front“ oder die „Heidelberger Aktionsgruppe“.²⁹ Ebenfalls nicht in dieser Arbeit vertreten sind publizistische Größen wie Paul Sethe oder Rudolf Augstein.

Die im Folgenden vorgestellten Persönlichkeiten haben einige wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede³⁰:

Erstens: Die deutsche Einheit war ihnen eine Herzensangelegenheit und das höchste Ziel der deutschen Politik. Manche orientierten sich noch an den Grenzen von 1937, andere akzeptierten bereits die Oder-Neiße-Grenze. *Zweitens:* Früher oder später waren sie für eine Neutralität Deutschlands. Manche bezogen dies nur auf militärische oder politische Bündnisse, andere auf die Frage, ob man überhaupt Waffen besitzen dürfe. *Drittens:* Alle Persönlichkeiten vertraten die Idee, dass eine Einheit nur in Freiheit – also mit einer klassischen parlamentarischen Demokratie und garantierten Grundrechten – erstrebenswert wäre. Neutralisten wurden häufig als prokommunistisch oder DDR-nahe verleumdet. Teils wurde auch der Gegensatz von „Einheit oder Freiheit“ aufgebaut, der von den Neutralisten selbst jedoch nie diskutiert wurde. *Viertens:* Den Neutralisten war der *Wille* zur Einheit und das Wachhalten der Idee im nationalen Bewusstsein und auf der internationalen Bühne sehr wichtig. Auch wenn sie wussten, dass der Wille allein nicht reichen würde, so meinten sie auch, dass ohne den festen Willen keine Veränderung möglich gewesen wäre. *Fünftens:* Die hier vorgestellten Neutralisten waren entschiedene Gegner des Nationalsozialismus, verbrachten teilweise Jahre in Gefängnissen und Konzentrati-

²⁶ Aus einer Rede Jakob Kaisers am 30. November 1947 in Herne; in: Mayer, Tilman: Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werksauswahl, Köln 1988, S. 355; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 31.

²⁷ Alexander Gallus beschäftigt sich im ersten Kapitel ausführlich mit verschiedenen Umfragen und Meinungsforschungen zum Fragekomplex Neutralismus. Darin ermittelt er, dass es bereits Anfang der 50iger eine „unterschwellige Neigung“ zur Neutralität in der Bevölkerung gab, ohne dass diese jedoch dominant sei oder die Westbindung ablehnte. Vgl. dazu: Gallus, Alexander: Die Neutralisten: Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945 – 1990, Düsseldorf 2001, S. 42.-55., hier S. 46.

²⁸ Beim deutschen Kongress versuchten die verschiedenen neutralistischen Gruppen eine gemeinsame Position zu formulieren. Zu große politische Differenzen (weder kommunistische noch rechtsextreme Gruppierungen wurden ausgeschlossen) und zu geringe Flexibilität (z.B. auf die Stalin Note) verhinderten einen politischen Erfolg. Zum Kongress siehe auch Gallus 2001, S. 204 ff.

²⁹ Hein Hoebink hat zu den vielfältigen Gruppen und ihrer Interaktion eine schöne Übersicht erstellt, die ich zur Kenntnis als Anhang an diese Hausarbeit beifüge. Hoebink, Hein: Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-1961, Meisenheim am Glan 1978, S. 98.

³⁰ Vgl. dazu Zitelmann 1991, S. 9- 22.

onslagern. Trotzdem setzten sie sich leidenschaftlich für ein „gesundes Nationalempfinden“ ein. *Sechstens:* Alle Persönlichkeiten waren erfreut über die Stalin-Note vom 10. März 1952 und setzten Adenauer mehr oder weniger stark unter Druck Verhandlungen zwischen den Siegermächten zu vermitteln.

2.4. Ulrich Noack und der Nauheimer Kreis

Der Würzburger Geschichtsprofessor (CSU) Ulrich Noack entwickelte bereits sehr früh ein radikales Friedensmodell, das Adenauers Politik diametral gegenüberstand und deshalb hier gleich zu Beginn stehen soll. Noacks Vorschläge waren durch geographische Raumvorstellungen und eine politische Ethik geprägt, in dessen Zentrum „zehn Friedenskreise“ und „regionale Schutzzonen“ lagen.³¹ Das wiedervereinigte Deutschland sollte neutral zwischen den weltpolitischen Machtblöcken liegen und dabei vollkommen unbewaffnet bleiben. Die Grenzen sollten nur durch die Vereinten Nationen garantiert werden. Im Mai 1948 veröffentlichte Noack die Broschüre „Die Rettung des Friedens durch die Neutralisierung Deutschlands“.³² Die Kernthesen waren das Verbot jeglicher Rüstung, die Umwandlung der Reparationsforderungen der Sowjetunion in dauerhafte Handelsbeziehungen und die Nicht-Mitgliedschaft Deutschlands in der WEU. Ein „Neutralitätsgürtel“ aus dem vereinten Deutschland, Österreich, der Schweiz und Finnland sollte als „Isolierschicht zwischen den Kraftfeldern der Welt“³³ dienen. Deutschland sollte dabei kein machtpolitisches Vakuum sein, sondern ein „Land des Mittlertums“ werden, und eine „Brücke zwischen den Völkern der Umgebung“³⁴ schlagen.

2.4.1. *Der Nauheimer Kreis*

Auf Basis dieser Ideen gründete Noack im Juli 1948 den „Nauheimer Kreis“, der ihm zufolge ein „Treffen jüngerer Wissenschaftler und politisch interessierter Menschen“³⁵ war. Er habe „die leitende Idee, die Neutralisierung Deutschlands mit Fachleuten durchzuarbeiten und der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen [...]“.³⁶ Am Ende der ersten Tagung unterschrieben 13 von 22 Teilnehmern einen Vorschlag für die Neutralisierung Deutschlands „als Grundlage einer gesamtdeutschen Politik aller Parteien und Zonen“. Bei späteren Treffen wurden weitere Positionen ergänzt, etwa die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Ostgrenze oder eine bundesweite Polizei, um politisch motivierte Umstürze zu vermeiden.

2.4.2. *Noacks politischer Aktivismus*

Noack selbst reiste, gab Interviews und veröffentlichte. Doch zunehmend geriet die Debatte um Inhalte aufgrund Noacks Persönlichkeit in den Hintergrund. Er wurde mit Vorwürfen zu seiner NS-Vergangenheit und gleichzeitig mit Verbindungen zur SED belastet, gegen die er sich nicht glaubwürdig verteidigen konnte. Bereits 1949 bezeichnete Kurt Schumacher den Nauheimer Kreis als „einen Russland zugeneigten intellektuellen Zirkel, zu dem man besser Abstand bewahre“. Die Beschreibungen „staatsgefährdend“ und „prokommunistisch“

³¹ Noack legte diese Überlegungen 1954 in einer Denkschrift der UNO vor. Vgl: Noack, Ulrich: Wie kann der Frieden lebendig werden? Organische Erneuerung der UNO auf der Grundlage von 10 regionalen Friedenskreisen, Würzburg 1954.

³² Vgl. Noack, Ulrich: Die Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands und seine ausgleichende weltwirtschaftliche Abgabe, Köln 1948.

³³ Ebenda, S. 29; zitiert nach Gallus 2001, S. 157.

³⁴ Ebenda, S. 29; zitiert nach Gallus 2001, S. 155.

³⁵ Die Nauheimer Protokolle. Diskussionen über die Neutralisierung Deutschlands. Die ersten drei Tagungen des Nauheimer Kreises August, September, Dezember 1948. Hrsg. im Auftrag des Nauheimer Kreises von Ulrich Noack, Würzburg 1950, S. 17; zitiert nach Gallus 2001, S. 158.

³⁶ Cornides, Wilhelm: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost Gesprächs in Deutschland, in: Europa-Archiv, 5. Jg (1950), 11. Folge, S. 3074.

folgten 1952, sowie der Beschluss, dass eine Mitgliedschaft in der SPD und dem Nauheimer Kreis unvereinbar seien.³⁷

Hintergrund für solche Vorwürfe war unter anderem eine Reise im August / September 1949 durch die DDR auf Einladung der SED.³⁸ Noacks Idee war in Diskussionsrunden und Vorträgen für Dialogfähigkeit zwischen Ost und West zu werben. Die höchsten Treffen fanden mit Präsidiumsmitgliedern des Deutschen Volksrates (unter anderem mit stellv. Staatsratssekretär Walter Ulbricht) und dem sowjetischen Hochkommissar Wladimir Semjonow statt. Noacks Hoffnung auf ein Zeichen der Zustimmung des Ostens wurde jedoch enttäuscht. Ulbricht warf „dem Westen“ stattdessen vor, sich nicht an die Beschlüsse von Potsdam zu halten. Mit dem Ruhrstatut hätte Westdeutschland eine kriegstreibende und kolonialisierende Haltung bezogen. Diese könne nicht als neutral bezeichnet werden.³⁹

Zurück im Westen schwappte Noack nun „offene Feindschaft“⁴⁰ entgegen. Adenauer, Heinemann – niemand reagierte auf seine Anfragen. Zudem wurde im November 1948 ein von ihm geplanter Kongress für den Neutralisierungsgedanken im Rheingau vom dortigen Regierungspräsidenten verboten. Obwohl das Verbot noch einmal für viel publizistische Aufmerksamkeit für den Nauheimer Kreis sorgte, blieb es bei dem Verbot und wurde darüber hinaus auf das gesamte Land Rheinland-Pfalz ausgeweitet.⁴¹

Auch im Osten, wo man angesichts der westdeutschen Überlegungen zu einem europäischen Verteidigungsbeitrag nervös wurde, scheiterte Noack mit seinen Ideen. Am 25. März 1950 kam es bei einem Vortrag mit Noack zu heftigen politischen Debatten und einem Eklat. Es blieb seine letzte Reise in die DDR.

Bei dem so genannten „Deutschen Kongress“, einem Versuch von Wolf Schenke neutralistische Bewegungen aller Couleur zu vereinen, wurde Noack nicht mehr in das Präsidium gewählt. Nach wenigen Monaten wandte sich Noack enttäuscht ab. Der Kongress scheiterte wenig später.

Um 1952 wurde Noack – nach starken Anfeindungen gegenüber Adenauer – mit einem Parteiausschlussverfahren konfrontiert, dem er durch Austritt zuvor kam. Noch im gleichen Monat gründete er mit Mitgliedern des Nauheimer Kreises in Stuttgart die „Wählergemeinschaft Freie Mitte“, die später mit Gustav Heinemanns GVP ein Wahlbündnis einging. All diese Bemühungen blieben politisch ohne Erfolg.

2.4.3. Zusammenfassung

Noacks eigene Ideen werden von Gallus als realitätsfern bis hin zu utopisch / träumerisch eingeschätzt. Noack missachte in seinen Schriften völlig die Interessen der zwei Weltmächte. Gallus zieht als Fazit: „Noacks Neutralitätsdenken [...], entwickelte sich in einem geistig abgeschlossenen Raum. Es war von einem zum Teil überschäumenden Optimismus getragen, der Skepsis und Selbstkritik kaum zuließ. [...] Er war ein Geopolitiker des Friedens und Idealist im ideologischen Zeitalter.“⁴² Hein Hoebink schreibt ähnlich: „Noack und sein Nauheimer Kreis blieben Anwälte idealistischer Friedenspostulate.“⁴³

³⁷ Vgl. Dohse, Rainer: Der dritte Weg: Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 56.

³⁸ Hilfreich dafür waren Noacks frühere, politische Kontakte in der sowjetischen Zone. Charmantes Detail: Ulrich Noack war Mitbegründer der Greifswalder CDU und überlegte für einige Zeit an als Geschichtspräsident ans hiesige Institut zu wechseln. Die Mitgründung bestätigte mir Frau Peters von der CDU-Kreisverband auf Nachfrage.

³⁹ Vgl. Cornides 1950, S. 3080-3082.

⁴⁰ Cornides 1950, S. 3103.

⁴¹ Vgl. Gallus 2001, S. 165.

⁴² Gallus 2001, S. 179.

⁴³ Hoebink 1978, S. 104.

2.5. Kurt Schumacher und die SPD

Kurt Schumacher war von 1946 bis zu seinem Tode am 20. August 1952 Vorsitzender der SPD. Im Bundestag dominierte er als Oppositionsführer so sehr, dass er den Kurs der SPD in der Deutschlandpolitik quasi allein definierte.⁴⁴ Seine Haltung blieb dabei vage, obwohl die Mehrheit der SPD-Anhänger sich für eine neutrale Position zwischen den Weltmächten aussprach⁴⁵.

2.5.1. *Gehört Schumacher in diese Hausarbeit?*

Schumacher in diese Aufzählung mit aufzunehmen ist diskussionswürdig. Zwar gehört die größte Oppositionsfraktion schon fast automatisch ins Lager der politischen Gegner des Kanzlers, doch habe Schumacher bis in das Jahr 1951 hinein die Deutschland-Politik des Kanzlers mitgetragen, schreibt Ulrich Buczyłowski. Die SPD habe sogar bis 1951 „einen heftigen Kampf gegen Neutralitätsvorstellungen“⁴⁶ gefochten. Stand sie also diesbezüglich auf der Seite des Kanzlers? Die SPD habe außerdem – wie Adenauer – bis zum Herbst 1951 keine „grundsätzliche Unverträglichkeit [...] zwischen dem Aufbau einer europäischen politischen Vereinigung und der Wiedervereinigung Deutschlands“ gesehen, so Buczyłowski. Und auch der Historiker Jens Hacker hält fest: „Kurt Schumacher hat an seiner entschiedenen Westorientierung bis zu seinem Tode keinen Zweifel gelassen.“⁴⁷ Auch Konrad Adenauer schrieb in seinen Memoiren, dass er einen Wechsel der SPD Politik nach der Stalin-Note 1952 bemerkt habe.⁴⁸ Hat Schumacher also einen radikalen Wechsel von einem Befürworter zu einem Gegner der Adenauerpolitik vollzogen?

Mich überzeugt eher Alexander Gallus Darstellung, dass Kurt Schumacher in der deutschen Frage klare Grundsätze hatte, die lediglich in ihrer strategischen Umsetzung an Eindeutigkeit vermissen ließen⁴⁹ und auch Zitelmans Einschätzung der einen Politikwechsel nur bei oberflächlicher Betrachtung als Widerspruch wahrnahm.

2.5.2. *Schumachers Standpunkte*

Zwar verstand sich Schumacher nicht als Neutralist⁵⁰, doch vertrat er im Gegensatz zu Adenauer eine Position ‚zwischen‘ den Weltmächten: „Es ist nicht wahr, daß es nur die Alternative geben soll, Satellit der Sowjets oder Versal des Westens zu sein. Wir Sozialdemokraten lassen unsere Politik nur von den Notwendigkeiten und Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes bestimmen.“⁵¹ Eine einseitige Westorientierung lehnte Schumacher schon früh – hier 1947 auf dem Nürnberger SPD-Parteitag – als der Einheit gegenüber kontraproduktiv ab: „Die Politik des Entweder-Oder, die schlagwortmäßige Antithetik von Ost und West entspringt weder dem europäischen Können, noch dem europäischen Wollen... Wenn wir eine derartig primitive Optionsformel

⁴⁴ Gallus 2001, S. 65.

⁴⁵ Alexander Gallus beschäftigt sich im ersten Kapitel ausführlich mit verschiedenen Umfragen und Meinungsforschungen zum Fragekomplex Neutralismus. Darin ermittelt er, dass es bei den SPD-Anhängern eine konstante Mehrheit für eine neutralistische Position gab. Vgl dazu: Gallus 2001, S. 42.-55, hier S. 50.

⁴⁶ Buczyłowski, Ulrich: Kurt Schumacher und die deutsche Frage, Stuttgart 1973, S. 91.

⁴⁷ Hacker, Jens: Die deutsche Frage aus Sicht der SPD; in: Blumenwitz/Zieger 1989, S. 42.

⁴⁸ Vgl. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1984, S. 83; vgl auch ausführlich Zitelmann 1991, Fußnote 86, S. 199.

⁴⁹ Gallus 2001 stellt die Überbewertung der antineutralistischen Tendenzen in Schumachers Politik in der wissenschaftlichen Literatur ausführliche auf Seite 69 in Fußnote 19 dar.

⁵⁰ Diese Bezeichnung als Neutralisten lehnen viele Politiker – darunter auch Gustav Heinemann oder Jakob Kaiser – ab, da der Begriff in der Öffentlichkeit mit vielen Vorurteilen belegt war. So sahen sich viele Neutralisten dem Vorwurf der Nähe zu Kommunisten ausgesetzt oder gar von der SED gesteuert zu sein. Solche Vorwürfe wurden teilweise auch von der SPD selbst erhoben.

⁵¹ Ansprache Schumachers am 15. Juli 1952 über den RIAS; in: Albrecht, Willy: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 - 1953, Berlin/Bonn 1985, S. 633; zitiert nach: Zitelmann 1991, S. 62.

aussprechen würden, dann würden wir den Trennungsstrich mitten durch unser Land ziehen, dann würde mit dem Wissen und Willen der Deutschen das Land mitten durchrissen werden.“⁵²

Wie emotional und bedeutsam das Thema „Einheit“ für Schumacher war, lässt sich erahnen, wenn man das Protokoll der parlamentarischen Debatte um das Petersberger Abkommen⁵³ liest. Darin bezeichnete Schumacher Adenauer als „Bundeskanzler der Alliierten“.⁵⁴ Nach ungestümen Szenen im Plenarsaal, brach der Präsident die Debatte ab und berief den Ältestenrat ein. Schumann wurde, da er sich weigerte die Formulierung zurückzunehmen, für zwanzig Sitzungstage aus der Debatte ausgeschlossen.

Das Wichtigste für Schumacher war die *Priorität der Einheit* in allen politischen Entscheidungen. Mit fortschreitender Zeit und zunehmend stärkerer Westbindung äußerte Schumacher seine Kritik immer deutlicher. In einem Interview am 6. August 1952 erklärte er: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein Ziel, das unserer Meinung nach vordringlicher und für die Befriedung und die Neuordnung Europas wichtiger ist als jede Form der Integration mit anderen Ländern Europas.“⁵⁵ Adenauers Konzept „zuerst einmal schnell die westeuropäische Integration durchzuführen und dann das Problem der deutschen Einheit durch die so gewonnenen Stärke erfolgreich anzugreifen“ sei die „allergefährlichste Illusion“ und eine „völlig substanzlose und undurchdachte Propagandaformel“.⁵⁶

Entsprechend lehnte die SPD im Bundestag alle Schritte zur Westintegration ab: Den Eintritt zum Europarat, ebenso zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Generalvertrag. Schumacher betonte dabei stets seine prowestliche Haltung. Er wolle deshalb allerdings nicht in Adenauers „Unterschreibewut“⁵⁷ verfallen. Die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erklärte er beispielsweise direkt mit seiner Angst vor dem Scheitern der Einheit: „Kein Volk der Welt kann auf seine nationale Einheit verzichten und in ein Vertragssystem eintreten, bei dem ihm seine Verpflichtungen gegenüber anderen Völkern wichtiger sein sollen als die Einheit und das Zusammenwachsen des eigenen Volkes.“⁵⁸

2.5.3. *War Schumacher ein Neutralist?*

Doch was war Schumachers Alternative? Darf man den SPD-Politiker als Neutralisten verstehen? Gallus beschreibt vier „unerschütterliche Prinzipien“ Schumachers Deutschlandpolitik: Die Einheit des Reiches, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für die Deutschen, ein bedingungsloser Antikommunismus, sowie eine prowestliche Grundhaltung.⁵⁹ Zitelmann spricht bei Schumachers Einstellung etwas komprimierter von einem Spannungsbogen zwischen „zwei Axiomen“⁶⁰: Dem Wunsch nach der deutschen Einheit und einem ausgeprägten Antikommunismus.

Schumachers Antikommunismus fußte vor allem auf seiner Ablehnung der imperialistischen Großmacht Sowjetunion: „Es ist eigentlich nicht mehr die innere Herrschaftsform Russlands, die von diesem Land aus gesehen

⁵² Grundsatzreferat Schumachers am 29. Juni 1947 auf dem Nürnberger Parteitag der SPD; in: Albrecht 1985, S. 488; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 67.

⁵³ Die Verträge umfassten unter anderem: Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft, ausdrückliche Förderung der Beziehung zu allen westlichen Staaten, und Beitritt zum Ruhrstatut.

⁵⁴ Habel, Peter und Kistler, Helmut: Entscheidungen in Deutschland 1949 – 1955, Hof 1977, S. 23 – 26, hier 24. Aus dem Kontext der Debatte wird – darauf möchte ich aufmerksam machen – deutlich, dass es der SPD in diesem Fall nicht primär um die Furcht vor dem Verlust der deutschen Einheit ging, sondern darum, dass Adenauer schlechte Bedingungen für das Ende der Demontagen ausgehandelt hatte.

⁵⁵ Interview Schumachers mit dem Leiter des Bonner Büros des NWDR, Walter Steigner, am 6. August 1952; in: Albrecht 1985, S. 862; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 70.

⁵⁶ Schumacher am 9. Oktober 1951 auf einer öffentlichen Kundgebung in Hamburg; in: Albrecht 1985, S. 942; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 70.

⁵⁷ Referat Schumachers am 31. März 1951 auf der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und der Bundestagsfraktion der SPD in Bonn; in: Scholz, Arbi / Oschilewski, Walther: Kurt Schumacher. Reden und Schriften, Berlin 1962, S. 263; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 65.

⁵⁸ Rede Schumachers am 11. Juni 1952 im Bayrischen Rundfunk; in: Albrecht 1985, S. 911; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 71.

⁵⁹ Vgl. Gallus 2001, S. 65-67.

der Welt als das Prinzipielle und Richtige aufgedrängt werden soll, es ist die Macht des Staates, es ist der russische Patriotismus, der sich mit der Welt auseinandersetzt.“⁶¹ Bereits im Mai 1945 schloss Schumacher eine Einheitspartei mit den Kommunisten aus. Die russische Politik verschmähte er als von „imperialistischem, expansionistischem Wesen“⁶² oder gar als eine „verbrämte Form der Idee des Panslawismus“⁶³ und deutsche Kommunisten seien die „terroristische Avantgarde eines imperialen Machtstaates“.⁶⁴ Diese starke Ablehnung bzw. Angst vor Russland führte Schumacher zur klaren Ablehnung von zwei Neutralitätskonzepten:

- a) Der unbewaffneten Neutralität, wie sie etwa Noack vorschlug. Unter dieser wäre Deutschland dem kommunistischen Russland schutzlos ausgeliefert.
- b) Eine ideologische Neutralität oder Brückenvorstellung, wie sie Jakob Kaiser vorschlug. Zwar lehnte Schumacher den westlichen Kapitalismus ab⁶⁵, fühlte sich jedoch kulturell eindeutig dem Westen zugehörig.

Eine Neutralitätsidee jedoch schloss er nicht aus: Ein bewaffnetes Deutschland, welches militärisch neutral, aber trotzdem westlich gebunden ist. Die militärische Neutralität bezog sich dabei auf das Außenvorbleiben von militärischen Bündnissen wie der NATO oder der damals von Adenauer geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Zum Ausdruck kam das in einer Grundsatzrede am 20. April 1949 in der er zwar die Neutralitätsvorstellungen Ulrich Noacks und des Nauheimer Kreises kritisierte, dann aber sagte: „Es gibt wohl für uns die absolute Notwendigkeit der militärischen Neutralität, es kann aber für uns nie den Begriff der politischen Neutralität [...] geben, [...]“⁶⁶

Klar ist aber auch, dass die SPD mit dieser Position nicht offensiv an die Öffentlichkeit trat oder gar damit in den Wahlkampf zog. Zwar forderte Schumacher in einem Brief⁶⁷ an Adenauers die genaue Prüfung der Stalin-Note vom 9. April, es gab jedoch von der SPD weder eine parlamentarische Anfrage, noch öffentlichen Druck. Kaum verwunderlich, dass pazifistische Sozialdemokraten, die sich für Neutralitätsvorstellungen stark machten, eine eigene Oppositionsgruppe außerhalb der SPD gebildet hatten.⁶⁸

Dass Schumacher – beunruhigt durch die Korea-Krise – für die Zeit von Juni 1950 bis Ende 1951 die so genannte „Offensivstrategie“ vertrat, verwirrt zusätzlich. Darin schlug er eine massive Aufstellung von alliierten Truppen entlang der Elbe vor, die im Falle eines russischen Angriffs Deutschland nicht nur verteidigen, sondern eine sofortige Gegenoffensive starten sollten. Obwohl diese Vorschläge den Neutralitätsideen offensichtlich widersprechen und die SPD in dieser Zeit am intensivsten gegen die Neutralitätsideen ankämpfte⁶⁹, weisen Gallus (2001, S. 70 – 72) und Zitelmann (1991, S. 73-78) detailliert nach, dass Schumacher eine militärische Neutralität auch in dieser Zeit nicht ausgeschlossen habe.

⁶⁰ Zitelmann 1991, S. 54.

⁶¹ Kommentar Schumachers zu einer Entschließung der Sozialdemokratischen Partei der britischen Besatzungszone auf einer Konferenz am 3./4. Januar 1946 in Hannover; in: Scholz / Oschilewski 1962, S.56; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 59.

⁶² Ebenda.

⁶³ Rede Schumachers am 17. August; in: Albrecht 1989, S. 642; zitiert nach Blumenwitz/Zieger 1989, S. 43.

⁶⁴ Rede Schumachers auf dem Parteitag des Bezirks Westl. Westfalen in Gelsenkirchen am 18. Juni 1949; in: Albrecht 1989, S. 673.

⁶⁵ Vgl. Zitelmann 1991, S. 67-68.

⁶⁶ Rede Schumachers am 20. April 1949 in der gemeinsam Sitzung der obersten Parteigremien, der Fraktion und der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, in: Albrecht 1989, S. 642; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 73.

⁶⁷ Vgl. dazu Hübsch 1998, S. 96.

⁶⁸ Vgl. dazu Alexander Gallus Kapitel „Heinrich Christian Meier, Erich Arp und die Sozialdemokratische Opposition“, Gallus 2001, S. 179 – 188.

⁶⁹ Im Herbst 1950 gibt die SPD die Broschüre „Es geht um die Freiheit!“ heraus, die einen Angriff auf den Neutralitätsgedanken, insbesondere auf Ulrich Noack sowie seinen Nauheimer Kreis, darstellt. Die Schrift endet mit den Sätzen: „Die Haltung der dt. Sozialdemokratie, [...], steht im schärfsten Gegensatz zu allen Neutralitätsillusionen, [...]. Es gibt keine Neutralität zwischen Freiheit und Knechtschaft!“; veröffentlicht in SAPMO, NY 4062/124, Bl 31; zitiert nach Gallus 2001, S. 70.

2.5.4. Zusammenfassung

Die schwer kommunizierbare Zwischenposition der SPD ist Ausdruck des eingangs erwähnten Zielkonflikts zwischen der Herzensangelegenheit „Wiedervereinigung“ und einem abgrundtiefen Misstrauen gegenüber der Sowjetunion. Schumacher erkannte jedoch Ende 1951 / 1952, dass die Politik der Stärke nicht zur Einheit führen konnte: „Man kann die deutsche Einheit nicht auf militärischen Drohungen abstellen. Das zeigt, daß man sie gar nicht will.“⁷⁰ Die politische Haltung der SPD zur militärischen Neutralität blieb allerdings bis zum Schluss nebulös.

2.6. Jakob Kaiser, der „Dritte Weg“ und interne Debatten

Jakob Kaiser gehörte mit Heinemann zu den einflussreichsten Akteuren. Sein Wirken als Streiter für eine Wiedervereinigung lässt sich in zwei grobe Phasen einteilen: In der ersten Phase kämpfte er als Mitbegründer und Vorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone von Dezember 1945 bis Dezember 1947 für einen „Dritten Weg“ zwischen Ost und West in einem gemeinsamen Deutschland. In seiner zweiten Phase war ab 1949 im Kabinett Adenauers „Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen“. Trotz heftigen Streits über die einseitige Westbindung hielt Adenauer ihn bis 1957 als Bundesminister im Kabinett. Kaiser hielt, wie Schumacher, am Reich von 1937 fest, so dass ihn Adenauer später trotz seiner fränkischen Herkunft einmal als Preußen bezeichnete.⁷¹

2.6.1. Vorsitzender der Ost-CDU:

Als erster Vorsitzender der Ost-CDU versuchte Kaiser eine vermittelnde Position einzunehmen. Er zeigte, im Gegensatz zum Zeitgeist, den Russen gegenüber ein gewisses Maß an Kooperation und Verständnis: „Wir achten die Lebensform des russischen, des englischen, des amerikanischen Volkes wie die der anderen Völker. Wir wollen diese politischen Lebensformen der anderen aber nicht auf unser Volk einfach übertragen wissen.“⁷² Diejenigen, die Verhandlungen mit Russland pauschal ablehnten, kritisierte Kaiser scharf. Das traf besonders den späteren Kanzler Adenauer. Kaisers offene Gesprächshaltung gegenüber dem Osten drückte er im November 1947 so aus: „Es ist die Aufgabe unserer Generation, Sowjetrußland zu begegnen, uns mit Rußland auseinanderzusetzen [...] und] zu verständigen, ohne uns der Idee des Marxismus zu beugen. Rußland ist die große Realität, mit der wir zu rechnen haben und mit der wir auch rechnen wollen.“⁷³ Gallus fasst Kaisers Haltung so zusammen: „Er besaß eine prowestliche, aber keine proöstliche, sondern lediglich eine nicht antiöstliche Einstellung.“⁷⁴

Im Gegensatz zu den anderen Neutralisten stand bei Jakob Kaiser zunächst ein neuer gesellschaftspolitischer Kompromiss zwischen West und Ost im Mittelpunkt. Ihm schwebte ein „dritter Weg“ zwischen Kommunismus und Liberalismus vor. Demnach hätte sich die alte bürgerliche Gesellschaftsordnung überlebt. Der dritte Weg sollte eine sozialistische Planwirtschaft mit der freiheitlichen Ordnung westlicher Demokratien verbinden.⁷⁵ Für sein Verständnis zählten dazu ausgiebige Gewerkschaftsarbeit, ein umfassendes Sozialrecht und das

⁷⁰ Interview Schumacher mit der Presseagentur United Press am 15. Mai 1952; in: Albrecht 1985, S. 902f; zitiert nach: Zitelmann 1991, S. 78.

⁷¹ „Der Jakob will aus Franken sein, er ist aus Königsberg“, zitiert nach Kosthorst, E.: Jakob Kaiser 1888-1961, o. O. 1975, S. 144, zitiert nach Gallus 2001, S. 58.

⁷² Rede Kaisers am 16. Juni 1946 auf dem Parteitag der CDUD in Berlin; in: Hacke, Christian: Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988, S. 140; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 32.

⁷³ Jakob Kaiser auf der Deutschlandtagung der Sozialausschüsse in Herne am 30. November 1947; Deutschland zwischen ost und West, S. 350; zitiert nach Gallus 2001, S. 60.

⁷⁴ Gallus 2001, S. 59.

⁷⁵ Vgl. Zitelmann 1991, S. 32.

Verbot von Monopolen und Kartellen. Deutschland solle „das Land der Synthese“ oder eine „Brücke zwischen Ost und West“ werden, erklärte Kaiser in einem Essay⁷⁶. Mit diesen Vorschlägen scheidet der CDU-Politiker jedoch auf Bundesebene unter anderem an Adenauer, der Kaisers christlichen Sozialismus vehement ablehnte.⁷⁷ Wie für Dehler und Schumacher ist der Wille zur Einheit für Kaiser das Wichtigste: „Ich bin heute wie gestern überzeugt, daß sie [die Teilung] verhindert werden kann, wenn die Gesamtheit der Deutschen es will.“⁷⁸ Trotz seiner kompromissbereiten Haltung geriet Kaiser in der Ostzone in Schwierigkeiten mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Juli 1947 verschärfen sich die Spannungen, nachdem er in einer Rede die zunehmende Diskriminierung der CDU durch die SED mit Hilfe von „antifaschistische Massenorganisationen“ kritisiert hatte. Am 20. Dezember desselben Jahres reichte eine positive Äußerung zum Marshall-Plan für eine Absetzung als CDU-Vorsitzender durch die Sowjetische Militäradministration.⁷⁹

Im Januar 1948 war Kaiser – nunmehr ohne Machtbasis – praktisch bedeutungslos. Sein ärgster Parteikonkurrent Adenauer hatte sich derweil in der West-CDU durchgesetzt. Im September zog er melancholisch eine Bilanz: „Man hat uns Illusionisten genannt, weil wir es für möglich hielten, [...] Brücken zwischen [...] den Völkern zu schlagen. Wir aber hätten es für frivol gehalten, nicht alles zu versuchen [...]. Erst als wir erkennen mussten, daß für die Sowjetmacht grundsätzlich nur Feindseligkeit oder Beherrschungswille gegenüber Völkern und Parteien gilt, die sich [...] nicht unterwerfen [...], erst da blieb uns nichts anderes übrig als die Ablehnung dieser Politik [...].“⁸⁰

2.6.2. *Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen*

Entsetzt und enttäuscht durch die persönliche Erfahrung seiner Absetzung, sowie unter dem Eindruck der Korea-Krise ließ Kaiser seine weitgehenden Neutralitätsvorstellungen von 1948 bis 1951 fallen und unterstützte Adenauers Wiederbewaffnungskurs. Am 19. November 1950 lehnte er die Neutralisierung ab: „Ich halte diese Auffassung für falsch. Denn wir haben gar nicht die Möglichkeit, uns aus der Auseinandersetzung herauszuhalten. Dafür bürgen schon die Sowjets. Diese Erfahrung habe ich leider an Ort und Stelle – in unmittelbarer Begegnung – mit den Sowjets machen müssen. [...] Sie kennen keine Neutralität.“⁸¹ Diese Abkehr erleichterte die Aufnahme in Adenauers Kabinett als Minister im September 1949.⁸² Obwohl er gegenüber neutralistischen Positionen skeptischer wurde, blieb sein eingangs beschriebener Wille zur Einheit ungebrochen. Damit war Kaiser auch für Adenauers Wahlkampf interessant, brauchte er doch ein glaubwürdiges deutschlandpolitisches Aushängeschild, um alle politischen Richtungen in der CDU zu integrieren. Kaiser hoffte durch seine Kooperation mit Adenauer ein Ministerium für die Wiedervereinigungsfrage durchsetzen zu können, was ihm schließlich mit dem „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ auch gelang. Mehr zu diesem Zweckbündnis bei Creuzberger 2008, S. 44–54.

Kaiser sah seine Position und sein Ministerium als „Mahner für die Einheit“. Über den richtigen Weg dorthin, geriet er im betrachteten Zeitraum bis 1952 immer wieder mit Adenauer in heftige Auseinandersetzungen. Zitelmann zählt fünf deutschlandpolitische Konfliktthemen auf:

⁷⁶ Für Details siehe: Kaiser, Jakob: *Deutscher Weg*; in: *Neue Zeit* vom 1. Januar 1947; in: Mayer, Tilman: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werksauswahl*, Köln 1988, S. 355; zitiert nach Zitelmann 1991, S.32.

⁷⁷ Vgl. dazu: Creuzberger, Stefan: *Kampf für die Einheit – Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des kalten Krieges 1949-1969*, Düsseldorf 2008, S. 42-43.

⁷⁸ „Oppositionsrede“ auf der Sitzung des erweiterten Vorstandes der Union der Ostzone und Berlins in Berlin, 12.7.1947; in: Mayer, Tilman: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werksauswahl*, Köln 1988, S. 312; zitiert nach Gallus 2001, S. 62.

⁷⁹ Vgl. Zitelmann 1991, S.36.

⁸⁰ *Der Tag*, 16.9.1948; zitiert nach Schwarz, H.-P.: *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Stuttgart 1980, S. 343; zitiert nach Gallus 2001, S. 61.

⁸¹ Kosthorst, Erich: *Jakob Kaiser 1972*, S. 152; zitiert nach Gallus 2001, S. 62.

⁸² Das Zitat (1950) liegt zwar historisch nach der Aufnahme Kaisers in das Kabinett (1949), ist jedoch für das logische Verständnis so besser angeordnet. Ein früheres zeitlich näheres Zitat fand ich bei meinen Recherchen leider nicht.

a) *Der Beitritt zum Europarat im Juni 1950.*

In der Kabinettsitzung am 9. Mai 1950 sprach Kaiser von einer „Verewigung der Zweiteilung“.⁸³ Innenminister Heinemann unterstützte seine Position. Adenauer setzte sich jedoch durch. Der Abstimmung im Bundestag blieb Kaiser demonstrativ fern.

b) *Der Generalvertrag*

Die Auseinandersetzungen um den Generalvertrag waren besonders intensiv, weil sie in dieselbe Zeit wie die Stalin-Note fielen. Der Generalvertrag hätte jedoch nach Kaisers Ansicht die Tür zur Verständigung mit den Russen endgültig zugeschlagen.⁸⁴ Besonders scharf griff Kaiser die so genannte Bindungsklausel⁸⁵ an: Die „vorgesehene Bindung [sei] eine unübersteigbare Mauer [...], die der Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstehe.“⁸⁶ Es kam zu „erregten Auseinandersetzungen“⁸⁷ im Kabinett und zu zwei Sondersitzungen. Trotz Unterstützung von Justizminister Dehler und der gesamten FDP-Fraktion blieb Kaisers Position im Kabinett eine Minderheitsmeinung. Am 20. Mai 1952 stimmte das Kabinett in einer namentlichen Abstimmung 9 gegen 3 für die Beibehaltung der Bindungsklausel. Kaiser schrieb Adenauer daraufhin am 23. Mai einen Brief: „Als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bin ich verpflichtet, das nach meiner Erkenntnis Beste für die Wiedervereinigung unseres Landes einzusetzen und keiner Handlung zuzustimmen, die nach meiner Überzeugung die Wiedervereinigung behindern könnte. Deshalb würde es mein Gewissen nicht zulassen, dem Vertragswerk mit der Bindungsklausel zuzustimmen.“⁸⁸

c) *Die Saarfrage*

Während Adenauer bereit war das Saarland dem politischen Einfluss Frankreichs für eine Zustimmung für das gemeinsame Europa-Projekt zu überlassen, kämpfte Jakob Kaiser für den Erhalt des Saarlandes in der Bundesrepublik – unter anderem indem er deutschland-freundlich eingestellte Parteien unterstützte. „Kaiser [...] geriet immer wieder in massive Konflikte mit Adenauer. Der Kanzler versuchte mehrmals erfolglos dem Ministerium Kaisers alle Kompetenzen für das Saargebiet zu entziehen“, schrieb Zitelmann⁸⁹ zusammenfassend.

d) *Die Briefe von Otto Grotewohl*⁹⁰

Zwar lehnte es Kaiser ab, mit der DDR-Regierung in direkte Verhandlungen zu treten, „doch wollte er ausgelotet wissen, ob hinter dem Vorstoß Grotewohls ernsthafte Einsichten der Sowjetunion stehen.“⁹¹ Kaiser sprach nun wieder öffentlich über eine Neutralität, die jedoch bewaffnet sein sollte: „Gerade ein neutralisiertes Deutschland müßte zur Selbstverteidigung in der Lage sein. Nur wenn man von dieser Voraussetzung ausge-

⁸³ Aufzeichnung des Bundesministerium des Inneren über die 64. Kabinettsitzung am 9. Mai 1950; in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 3 (1950), Wortprotokolle, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, S. 68; zitiert nach Zitelmann (1991), S. 41.

⁸⁴ Sondersitzung des Kabinetts vom 14. Mai 1952, in: Ebenda, S. 333f, zitiert nach Zitelmann 1991, S. 42.

⁸⁵ Nach der so genannten Bindungsklausel in Artikel 7, Absatz 3 des Generalvertrages sollte auch ein wiedervereintes Deutschland an die Verpflichtungen gebunden sein, welche die Bundesrepublik durch den seine Verträge eingeht. Das zielte vor allem auf die Westbindung und sollte Neutralitätskonzepte auch für Nachfolgeregierungen erschweren.

⁸⁶ Sondersitzung des Kabinetts vom 10. Mai 1952; in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 5 (1952), bearbeitet von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989, S. 297.

⁸⁷ Vgl dazu die Aufzeichnungen des Staatssekretärs Otto Lenz, S. 326, Anmerkung 32, in: Ebenda.

⁸⁸ Kaiser an Adenauer, 23. Mai 1952, in: Mayer, Tilman: Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werksauswahl, Köln 1988, S. 524; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 188.

⁸⁹ Zitelmann 1991, S. 44.

⁹⁰ Darin bot der DDR Ministerpräsident Otto Grotewohl gesamtdeutsche Wahlen und den Abschluss eines Friedensvertrages an. Erstmals verzichtete die DDR dabei auf einen paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Rat und versprach allen demokratischen Parteien Betätigungsfreiheit vor und während der Wahl; vgl Zitelmann 1991, S. 46.

⁹¹ Zitiert nach Zitelmann 1991, S. 47.

hen würde, könnte man die Ehrlichkeit eines Neutralisierungsvorschlages glauben.“⁹² Entsprechend positiv reagiert Kaiser wenig später, als die Stalin Note genau diese Forderungen quasi erfüllte.

e) Die Stalinnote.

In der Kabinettsitzung einen Tag nach Übergabe der Note trafen Adenauers und Kaisers fundamental unterschiedliche Positionen aufeinander. In der Stalinnote sah Adenauer nur Propaganda der Sowjets, die sich in Wirklichkeit an Frankreich richten sollte. Kaiser plädierte hingegen dafür keine sofortige „Nein-Haltung“ einzunehmen.⁹³ Danach vermerkt das Protokoll „ziemlich heftige Auseinandersetzung zwischen J. Kaiser und BK“.⁹⁴

Um den Kanzler zu überzeugen, baute Kaiser über eine Rundfunkansprache öffentlichen Druck auf, indem er die Note als ein „gewichtiges politisches Ereignis“ aufwertete und eine „sorgsame Prüfung“ anmahnte. In der Folge kam es erneut zu einem heftigen Streit zwischen Kaiser und Adenauer. In der nächsten Kabinettsitzung vom 14. März 1952 ist im Protokoll vermerkt: „Der Kanzler: sehr scharf [...] gegen Kaiser (Verhandl. wegen Sowj. Reg.) [...]; bittet um größte Zurückhaltung in allen Reden und Äußerungen. [...] Kaiser: verteidigt seine Erklärung. Kanzler: lehnt diese Erklärung ab; verlangt Disziplin bei Regierungsbeschlüssen.“⁹⁵ Trotz Kaisers erfolglosem Einwirken auf Adenauer blieb er im Kabinett.

2.6.3. Bewertung:

Tilman Mayer sieht in Kaiser einen Beleg dafür, dass „im Interesse aller Deutschen ein anderer Weg hätte gegangen werden können“. Für Christian Hacke ist gerade das Scheitern Kaisers als Vorsitzender der Ost-CDU, der so kompromissbereit wie kein anderer war, ein Beleg dafür, dass eine Politik der Neutralität nicht durchführbar gewesen wäre. Ähnlich hätten dies auch die Alliierten gesehen, die nach Kaisers Scheitern mögliche Überlegungen für ein neutrales Deutschland gegen das Konzept der Eindämmung beiseite legten, ist Hans-Peter Schwarz überzeugt.⁹⁶ Zitelmann beobachtete, dass Kaiser nach 1952 immer stärker als Bremser und Verzögerer wahrgenommen wurde, dessen Einfluss jedoch stetig abnahm. Und dennoch: „Die Saarpolitik ist wohl eines der herausragenden Beispiele dafür, daß sein Wirken keineswegs gänzlich erfolglos blieb.“⁹⁷

2.7. Gustav Heinemann und die „Ausklammerung“ Deutschlands

Gustav Heinemann (CDU) gehörte zunächst Adenauers Kabinett als Innenminister an. Wie Jakob Kaiser geriet Heinemann in Konflikt mit Adenauers einseitigem Westkurs. Am 9. Oktober 1950 trat Heinemann schließlich aus Protest gegen ein unabgesprochenes Sicherheitsmemorandum Adenauers zurück. Zwischen 1950 und 1959 setzte sich Gustav Heinemann weiter für eine neutralistische Politik ein. So gehörte er 1951 zu den Gründungsmitgliedern der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“. 1952 entwickelte sich daraus die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP), die jedoch bei der Bundestagswahl 1953 scheiterte. 1957 trat er der SPD bei und wurde 1969 der erste SPD-Bundespräsident. Mit Heinemann als BP kündigte sich auch der Machtwechsel zum ersten SPD-Bundeskanzler Willy Brandt an, der schließlich gegenüber Osteuropa eine Politik der Entspannung führte.

⁹² Rede Kaisers auf dem Parteitag der Exil-CDU am 14. Oktober 1951, BA/NL 18/197 Kaiser, S. 62f; zitiert nach Zitelmann, S. 189.

⁹³ Kabinetts-Notizen von Seeboom, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1989, S. 164

⁹⁴ Ebenda, S. 165

⁹⁵ Ebenda, S. 173

⁹⁶ Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, 2. erweiterte Auflage, Stuttgart 1980, S. 299; vgl. Zitelmann 1991, S. 37.

⁹⁷ Zitelmann 1991, S. 45.

2.7.1. *Heinemanns Ideen*

Heinemann lehnte für sich die Bezeichnung „Neutralist“ ab.⁹⁸ Stattdessen sprach er davon, dass Deutschland ein „ungebundener Faktor“ sein solle oder aus den machtpolitischen Blöcken „ausgeklammert“ sein solle. Für Gallus drückt sich in dieser „Wortklauberei“ jedoch eher Skepsis gegenüber anderen Neutralisten aus. Inhaltlich vertrat Heinemann nichts anderes als „eine näher zu bestimmende Neutralität oder Blockfreiheit“.⁹⁹

Heinemann gehörte zu denjenigen, die sich für eine unbewaffnete und militärbündnisfreie Neutralität einsetzten. Grundlegend für Heinemanns Weltbild war sein Verständnis des Ost-West-Konflikts als „Machtkampf“, nicht als eine ideologische Entscheidung zwischen Diktatur oder Demokratie beziehungsweise Unfreiheit oder Freiheit. In einer Rede 1953 formulierte er dies so: „Beide Weltmächte erklären den Frieden durch die andere für bedroht. Beide rüsten. [...] Jeder hält sich für den Friedlichsten und will darum der Mächtigste sein, um den Weltfrieden zu retten. Absolute militärische Sicherheit steht für jeden obenan. Genau daraus erwächst die Bedrohung des Weltfriedens.“¹⁰⁰ In Heinemanns Reden und Schriften tauchten vereinzelt auch religiöse Bezüge auf, ohne dass diese dominant waren.

Trotz seiner Westorientierung stand für ihn das Konzept eines Gleichgewichts im Vordergrund. Seine ideologisch ungetrübte Sicht ließ ihn russische Sicherheitsinteressen mehr berücksichtigen: „Wir brauchen einen Vertrag unter dem nicht nur die Unterschrift der Westmächte, sondern auch die Unterschrift Rußlands steht. Wir werden die russische Unterschrift nicht erhalten, wenn Dinge gefordert werden, von denen wir wissen, daß die Russen sie nicht annehmen können.“¹⁰¹ Mit den „Dingen“ meinte Heinemann, dass Deutschland nicht gleichzeitig eine Westbindung und die Einheit fordern könne, wie Adenauer dies tat: „Der Osten will davor gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Westen fällt. Der Westen will davor gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Ostens fällt.“¹⁰² Diese scheinbar banale Erkenntnis hatte sich aufgrund von weit verbreitetem Antikommunismus und antirussischen Ressentiments nicht durchgesetzt. Für Heinemann begründete jedoch genau diese Pattsituation, warum nur die Neutralität / die Ausklammerung Deutschlands die einzige Aussicht auf Wiedervereinigung sei.

Dass diese Neutralität auch mit einem Risiko verbunden wäre – stritt Heinemann nicht ab. Er hielt das Risiko aber für attraktiver als die alternativen Kriegs- bzw. Teilungsszenarien: „[...] die allergefährlichste Neutralisierung [ist bereits] im vollen Gange. Die Neutralisierung nämlich, daß man das deutsche Volk dadurch verohnachtet, daß man westdeutsche Divisionen durch ostdeutsche Divisionen ausgleicht und das gegeneinander stellt [...], damit wird die Selbstliquidierung unseres Volkes durch Bürgerkrieg oder mindestens eine auf unabsehbare Zeit fortgesetzte Spaltung betrieben. Das ist die allergefährlichste Form von Neutralisierung.“¹⁰³ Für die Sicherheit eines unbewaffneten Deutschlands würden, so glaubte Heinemann, die Siegermächte garantieren, die sich gegenseitig in Schach halten würden.¹⁰⁴

⁹⁸ Gründe für die immer wieder auftauchende Ablehnung des Begriffs war die immer wieder unterstellte Nähe zu Kommunisten, sowie Schutz vor verbreiteten Vorurteilen der bekannten Neutralitätskonzepte, wie etwa dem von Ulrich Noack.

⁹⁹ Gallus 2001, S. 76f.

¹⁰⁰ Rede Gustav Heinemann am 19. November 1953 zum Thema „Die Deutschlandfrage und der Weltfriede“; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 199.

¹⁰¹ Rede Heinemanns auf der ersten öffentlichen Kundgebung der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ in Düsseldorf am 21. November 1951, in: Lindemann, Helmut: Gustav W. Heinemann. Es gibt schwierige Vaterländer..., Aufsätze und Rede 1919-1969, München 1988, S. 116; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 99.

¹⁰² Heinemann, Gustav: Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden, Frankfurt am Main 1966, S. 13.

¹⁰³ Gustav Heinemann, „Die Dillenburg Rede“; in Dill-Zeitung, 20.10.1952; S. 164; zitiert nach Gallus 2001, S. 77.

2.7.2. *Der Rücktritt von Gustav Heinemann als Innenminister*

Die Konflikte zwischen Heinemann und Adenauer begannen bereits im Frühjahr 1950 und basierten auf der gerade geschilderten politischen Einschätzung Heinemanns zur Deutschlandpolitik. Sein Rücktritt war schließlich die Konsequenz. Konkreter Anlass war ein mit dem Kabinett nicht abgestimmtes Sicherheitsmemorandum Adenauers. Die Minister erfuhren erst 24 Stunden später aus den Zeitungen über seinen Inhalt. Darin bot Adenauer den Alliierten einen militärischen Beitrag zu einer europäischen Armee an. Heinemann fühlte sich dadurch, als für Polizeifragen zuständiger Innenminister, besonders übergangen. Entscheidend waren jedoch die inhaltlichen Differenzen¹⁰⁵:

- Für Heinemann war die Wiederbewaffnung ein Affront gegen sowjetische Sicherheitsinteressen. In einem Memorandum zu seinem Rücktritt schrieb er: „Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. Der Marxist glaubt ohnehin an die kapitalistische Einkreisung.“¹⁰⁶
- Zudem hielt er es auch für das falsche Signal an die Alliierten. Dort könnte es alte Ängste an deutsche Militarisierungsbestrebungen wecken, schrieb er im selben Memorandum: „Es ist nicht unsere Sache eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. [...] Nachdem es eines der vornehmsten Kriegsziele der Alliierten gewesen ist, uns zu entwaffnen und auch für die Zukunft waffenlos zu halten, [...], haben wir allen Anlass, auf gegenteilige Aufforderungen so zurückhaltend wie nur möglich zu reagieren.“¹⁰⁷
- Er befürchtete negative Auswirkungen auf die Deutsche Einheit: „Solange der Weg zu neuer deutscher Selbstbestimmung auch im Völkerleben nur dadurch gegangen werden kann, daß eine Teilregierung sich einem der Lager des Weltkonflikts gegen das andere Lager zur Verfügung stellt, halte ich dieses außenpolitische Bemühen für abwegig. Je mehr ein Teil von Deutschland sich in einem der Blocksysteme verliert, umso tiefer und unheilvoller werden wir als Deutsche auseinandergerissen.“¹⁰⁸
- Heinemann hatte Angst, dass nun Deutschland zum Schlachtfeld eines Dritten Weltkrieges werden könnte: „Was für Rußland [...] und die Westmächte [...] zwar ein todernstes Spiel um die Existenz ist, aber immerhin noch eine Chance des Gewinnens oder doch des Überlebens in sich schließt, ist für uns mit höchster Wahrscheinlichkeit der Tod, weil wir das Schlachtfeld eines beiderseitigen totalen Vernichtungswillens sind.“¹⁰⁹

2.7.3. *Heinemanns Aktivitäten*

Heinemann gründete mit neun anderen Vertretern im November 1951 die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“.¹¹⁰ Die überparteiliche Gruppierung sollte nach Heinemanns Vorstellung ein „Sammelbecken aller gegen die Wiederbewaffnung auftretenden Kräfte unseres Volkes“¹¹¹ werden. Damit ähnelte die Gruppe frapierend Noacks „Nauheimer Kreis“, zudem man jedoch Distanz wahrte. Die Notgemeinschaft fand viele Unter-

¹⁰⁴ Vgl. Gallus 2001, S. 80.

¹⁰⁵ Vergleiche dazu Zitelmann 1991, S. 90-96 und Gallus 2001, S. 79.

¹⁰⁶ Memorandum des Innenministers Heinemann; zitiert nach: Hohlfeld, Johannes: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Band VI: Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945, Berlin o. J., S. 542; zitiert nach Habel/Kistler 1977, S. 57.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 56.

¹⁰⁸ Heinemann 1966, S. 10.

¹⁰⁹ Heinemann, Gustav: Warum ich zurückgetreten bin. Memorandum über die deutsche Sicherheit vom 13. Oktober 1950; in: Lindemann, Helmut: Gustav W. Heinemann. Es gibt schwierige Vaterländer..., Aufsätze und Rede 1919-1969, München 1988, S. 98, zitiert nach Zitelmann 1991, S. 93.

¹¹⁰ Eine ausführliche Darstellung der Gruppierung findet sich bei März, Peter: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten, Frankfurt am Main 1982, S. 338-343.

¹¹¹ Schreiben Heinemanns an H. Wicke, Braunschweig, 4.1.1952; zitiert nach: Koch, Diether: Gustav Heinemann - Glaubensfreiheit, Bürgerfreiheit: Reden und Aufsätze zu Kirche, Staat, Gesellschaft 1945 - 1975, Frankfurt 1976, S. 272; zitiert nach Gallus 2001, S. 81.

stützer in der evangelischen Kirche, wenngleich keine neuen Mitglieder aufgenommen wurden, um kommunistische Unterwanderung zu verhindern. Dadurch fehlte ihr jedoch auch eine Massenmobilisierung. Im Gegensatz zum Nauheimer Kreis gab es auch kein offizielles Programm. Die Gruppe entschied nicht, ob sie für eine bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität stand. Stattdessen warb sie mit Unterschriftensammlungen, Kundgebungen, Petitionen und Aufrufen für eine generelle neutralistische Position Deutschlands. Heinemann trat dabei als prominentes Gesicht auf.

Im Namen der Gruppe begrüßte Heinemann die Stalin-Note inbrünstig. In der FAZ schrieb er: „Die in dem Vorschlag enthaltenen Punkte sind genau das, was die Notgemeinschaft immer wollte, nämlich erst Wiedervereinigung Deutschlands, dann mit einer gesamtdeutschen Regierung einen Friedensvertrag und erst, wenn das erreicht ist, könnte die Frage akut werden, daß zur Sicherung Deutschlands eine eigene Armee aufgestellt wird. Wir sind keine Pazifisten.“¹¹²

Große Aufmerksamkeit konnte die Gruppe jedoch nicht erreichen. Wohl auch deshalb gründete Heinemann aus der Notgemeinschaft heraus im November 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei, die sich in ihrem Programm für eine vage Blockfreiheit und gegen Aufrüstung aussprach: „Deutschland als Land der Mitte [...] muß aus dem Aufmarsch Nordamerikas und der Sowjetunion herausbleiben. [...] Gesamtdeutsche Haltung erfordert Unabhängigkeit von Ost und West. Wir rufen deshalb beiden Teilen unseres Volkes zu, sich nicht gegeneinander verfeinden und bewaffnen zu lassen.“¹¹³ Für die Bundestagswahl stellte Heinemann ein breites Wahlbündnis Neutralistischer Gruppen zusammen. Die GVP arbeitete u.a. mit dem Block der Mitte / FSU, aber auch mit dem Bund der Deutschen (BdD) zusammen. Letzter soll von Kommunisten unterwandert gewesen sein. Dies bot der CDU im Wahlkampf eine ideale Angriffsfläche.¹¹⁴ Adenauer griff Heinemann „als weltfremden Pazifisten“ an, „der von den harten Realitäten der Politik nichts begriffen habe“.¹¹⁵

Das Wahlbündnis erreichte nur 1,16 Prozent. Heinemann löste die Partei schließlich am 18./19. Mai 1957 auf und wechselte zur SPD. Auch wenn er sich ab 1959 der SPD-Parteilinie unterwarf, drückte er selbst noch als Bundespräsident in einer Stellungnahme 1969 seine Skepsis gegenüber der Mitgliedschaft in der NATO aus.¹¹⁶

2.7.4. Zusammenfassung

Heinemanns Stärke war die neutrale Bewertung Russlands. Zeitweilig bekommt man jedoch das Gefühl, dass der Politiker die russischen Interessen überbewertete. Sein Austritt aus dem Kabinett Adenauers kostete ihm Einfluss, den er über sein außerparlamentarisches Engagement nicht zurückgewinnen konnte. Heinemanns geringer Einfluss ließ sich darüber erklären, dass er intensive Kontakte mit anderen Neutralisten mied. Als er seine Gesamtdeutsche Partei für ein Wahlbündnis öffnete, suchte er sich ausgerechnet die falschen Partner aus. Ein Teil des Scheiterns ließ sich auf das Bündnis mit dem Bund der Deutschen zurückführen.

2.8. Thomas Dehler und der „Wille zur Einheit“

Thomas Dehler (FDP) gehörte wie Heinemann und Kaiser dem ersten Kabinett Konrad Adenauers an. Von 1949 bis 1953 war er der erste Bundesjustizminister. Von 1954 bis 1957 leitete er als Bundesvorsitzender die FDP und war auch an der Auflösung der Koalition mit der CDU am 23. Februar 1956 beteiligt.

¹¹² FAZ, 13.3.1952, S. 1 „Heinemann: Verzicht und Gegenleistung“; zitiert nach März 1982, S. 353.

¹¹³ Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei; in: PAZI6, Akte GVP; zitiert nach Gallus 2001, S. 83.

¹¹⁴ Mehr zu diesem Konflikt vgl. Gallus 2001, S. 83/84.

¹¹⁵ Zitelmann 1991, S. 95.

¹¹⁶ Vgl. Gallus 2001, S. 77/78.

2.8.1. *Langsames Abrücken*

Dehler gehört eigentlich nur bedingt in diese Aufzählung mit hinein. Im Gegensatz zu Kaiser oder Noack hatte er kein eigenes Alternativmodell zu Adenauers Politik entwickelt. Im Gegenteil: Dehler unterstützte zunächst fast blind die Deutschland-Politik des Kanzlers. 1949 hatte er „Neutralität“ noch als Schaukelpolitik abgelehnt: „Es gibt für die Welt kein anderes Mittel als die Stärke. [...] Wir müssen uns bewußt sein, daß damit die Hoffnung auf die Idylle der deutschen Neutralität aufgegeben ist.“¹¹⁷ In der ersten Kabinettsdebatte nach der Stalin Note vom 11. März 1952 fiel er beispielsweise Jakob Kaiser in den Rücken, indem er Adenauers Ablehnung teilte.¹¹⁸

Doch zwischen 1953 und 1955 entfernte sich der FDP-Vorsitzende von Adenauers Politik. Am 23. Januar 1958 rechnete er mit dem Kanzler in einer Aufsehen erregenden Bundestagsdebatte ab. Bei der Recherche für die Rede, die sich an einem Artikel des neutralistischen Journalisten Paul Sethe orientierte, hatte Ulrich Noack geholfen. Adenauers Politik hätte demnach die Lage nur verschärft: „Er führt zur Verhärtung der Weltlage, zum Wettlauf der Rüstungen [...] Deutschland [ist] auf Generationen hin zerrissen...“¹¹⁹ Die Hoffnung, die der Politik der Stärke zu Grunde lag, dass die Sowjetunion eines Tages die DDR ohne Grund aufgeben würde, sei naiv gewesen. Sein Hauptkritikpunkt aber war, dass man die Chance der Stalin-Note nicht genutzt hätte. „Und was das schlimme war: man hat nicht einmal darüber debattiert; man hat nicht einmal versucht ein Wort zu wechseln. Das sage ich [...] daß die Haltung Dr. Adenauers auch für die Westmächte wesentlich war.“¹²⁰ Auf die Zwischenrufe, dass er ja selbst in dieser Zeit in der Regierung war, antwortete er: „Der Herr Bundeskanzler hat uns damals erklärt: Das ist ein Störungsmanöver! – Genau das gleiche, was er heute erklärt. Ich habe ihm vertraut. [...]“ Und nach weiteren Zwischenrufen: „Ja ich bin in der Regierung geblieben. Ich schäme mich, ja! Ich beneide den Heinemann wegen seines Mutes.“¹²¹

2.8.2. *Ursachen für die Abkehr Dehlers*

Doch wie kam es zu diesem krassen Bruch? Zunächst: Es war kein Bruch, sondern eine sehr langsame Ablösung. Erst im Laufe der Zeit, so erklärte Dehler 1956 in einer Rede vor dem Bundesparteitag der FDP, sei sein „Misstrauen“ gewachsen.¹²² Die ersten Differenzen tauchten im Streit um den Generalvertrag und die darin enthaltene Bindungsklausel auf. Nachdem Dehler Adenauer im Kabinett nicht überzeugen konnte, versuchte er es zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Von Brentano und dem FDP-Vorsitzenden Blücher bei einem gesonderten Termin den Kanzler zu überzeugen.¹²³ Als auch das scheiterte und Adenauer bei seiner Position blieb, beschloss die Gruppe die Abänderungsbitten am Kanzler vorbei direkt dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson vorzutragen. Dieser zeigte Verständnis und die umstrittene Bindungsklausel wurde – wenn auch nicht gestrichen – zumindest abgeschwächt.¹²⁴ Dehler zog in seiner Abrechnungsrede gerade dieses Beispiel als Beweis heran, dass Adenauer überhaupt nicht an einer Einheit Deutschlands interessiert gewesen sei: „Wenn Sie erkennen wollen, was im Herzen dieses Mannes [...] vorgeht, dann müssen Sie sich die Geschichte der Bindungsklausel vergegenwärtigen... Diese [...] hat der Herr Bundeskanzler damals

¹¹⁷ Thomas Dehler: Ohne Dich?; in: Freie Deutsche Presse. Fränkisches Mitteilungsblatt, 7.5.1949; zitiert nach Gallus 2001, S. 91.

¹¹⁸ Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1989, S. 165.

¹¹⁹ Bundestagsrede Dehlers vom 23. Januar 1958; in: Dehler, Thomas: Bundestagsreden. Mit einem Vorwort von Walter Scheel, Bonn 1973, S. 235f.; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 116.

¹²⁰ Ebenda, S. 219; zitiert nach ebenda, S. 118.

¹²¹ Ebenda, S. 232, zitiert nach ebenda.

¹²² Vgl. Rede Dehlers auf dem Bundesparteitag der FDP in Würzburg am 20. April 1956; in: Dorn, Wolfram/Henning, Friedrich: Thomas Dehler. Begegnungen – Gedanken – Entscheidungen, Bonn o. J., S. 126; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 218.

¹²³ Klingl, Friedrich: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 115 f.; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 132.

¹²⁴ Vgl zu diesem Komplex die ausführliche Darstellung von Zitelmann 1991, S. 131-134.

mit den Alliierten ausgehandelt. In letzter Stunde haben wir uns dagegen gestimmt.“ Zu einer Einheit unter dieser Bindungsklausel wäre die Sowjetunion nach Dehler nicht bereit gewesen: „Der Herr Bundeskanzler hat diese Bindungsklausel, die die deutsche Wiedervereinigung unmöglich machte, gewollt...“¹²⁵

Noch schärfer wurde der Streit um die Saarfrage ausgefochten. Während Adenauer bereit war, das Saarland für unbestimmte Zeit zu „europäisieren“, war Dehler zusammen mit Jakob Kaisers gegen eine Ausgliederung. Für ihn war die geplante „Europäisierung“ nur ein Etikettenschwindel, um den Deutschen die Abtrennung des Saarlandes schmackhaft zu machen.“¹²⁶

2.8.3. *War Dehler ein Neutralist?*

War Dehler am Ende ein Neutralist? Dies wäre wohl zu viel gesagt. Im Zentrum von Dehlers Denken stand eher der national geprägte „Wille zur Wiedervereinigung“, welcher für ihn, ähnlich wie für Schumacher, gegenüber der Westbindung erste Priorität besaß. Dieser Wille drückte sich 1964 energisch aus, als er den Deutschen Jungdemokraten zurief: „Wir sind lahm geworden in unserer nationalen Vorstellung und in unserem nationalen Willen. Auch weil sie uns nicht vorgelebt, nicht leidenschaftlich dargestellt werden, das ist das Schlimme.“¹²⁷ Und weiter: „Wenn wir Deutschen aber die Wiedervereinigung nicht ernsthaft wollen, wenn die Vorstellung der deutschen Einheit bei uns nicht zum Willen wird, dann wird kein Mensch in der Welt die deutsche Einheit wollen.“

Dehler schlug zuletzt einen nur vage formulierten außenpolitischen Mittelweg zwischen Neutralität und Westbindung vor. Diesbezüglich verwies Dehler auf Jugoslawien, welches bewiesen habe, „dass ein Staat mit den beiden großen Mächtegruppen in der Welt verbunden sein kann... Man kann neutral und trotzdem gebunden sein.“¹²⁸

Dass es in der FDP auch eindeutige Neutralisten gab, zeigt Karl Georg Pfeleiderer. Er brachte 1952 neue Ideen in die FDP, worauf die Partei ein Jahr später einschwenkte.¹²⁹ Der Pfeleiderer-Plan schlug vor, an das europäische, ausgeglichene Vertragssystem der Weimarer Republik zu reanimieren und an Stresemanns Politik anzuschließen.

2.8.4. *Bewertung*

Gallus¹³⁰ und Zitelmann¹³¹ stimmen beide darin überein, dass Dehlers deutschlandpolitische Ideen vage und verschwommen blieben. Auch Dehler-Biograph Udo Wengst schreibt, dass der Vorsitzende letztlich kein Alternativkonzept entwickelt habe.¹³² Der Wechsel, den Dehler in seiner Abrechnungsrede repräsentierte, wurde letztlich eher durch Pfeleiderer eingeleitet. Trotzdem dokumentiert Dehlers Abrechnungsrede eindrucksvoll wie groß die internen Meinungsunterschiede im Kabinett waren. Dehler stand für einen pragmatischen Neutralismus.

¹²⁵ Bundestagsrede Dehlers vom 23. Januar 1958; in: Dehler, Thomas: Bundestagsreden. Mit einem Vorwort von Walter Scheel, Bonn 1973, S. 235f.; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 133.

¹²⁶ Bundestagsrede Dehlers vom 28. Oktober 1953 zur Regierungserklärung Adenauers; in Dehler, Thomas: Bundestagsreden. Mit einem Vorwort von Walter Scheel, Bonn 1973, S. 127.; zitiert nach Zitelmann 1991, S. 135.

¹²⁷ Rede Dehlers auf dem Landesjugendtag der Deutschen Jungdemokraten am 14. März 1964 in Bochum; in: Dehler 1973, S. 190; zitiert nach Zitelmann S. 145.

¹²⁸ Bundestagsrede Dehlers am 23. September 1955; in: Dehler 1973, zitiert nach Zitelmann, S. 142.

¹²⁹ Vergleiche dazu ausführlich März 1982, S. 253 ff.

¹³⁰ Gallus 2001, S. 92

¹³¹ Zitelmann 1991, S. 142

3. Aufschlüsse

„ERST DIE POLITIK DER ENTSPANNUNG WURDE ZU EINER ERNSTHAFTEN BEDROHUNG
DER INNEREN STABILITÄT DES SOWJETISCHEN SYSTEMS“

Josef Foschepoth 1998¹³³

Wie bereits in der Einleitung formuliert, kann diese Hausarbeit nicht die komplexe Frage beantworten, ob es eine Zweistaatlichkeit durch ein neutrales Deutschland vermeidbar gewesen wäre. Angesichts der vielen politischen Akteure und der intensiven gegenseitigen Beeinflussung kann sie dies nicht einmal erwägen – zumindest nicht in zwanzig Seiten. Ich möchte nicht einmal ein (moralisches) Urteil darüber fällen, ob eine frühe Wiedervereinigung besser gewesen wäre. Die möglichen Implikationen, etwa für das heutige Gesicht der Europäischen Union, wären unvorstellbar weit reichend.

Verdeutlicht wurde jedoch, *dass* es eine alternative Außenpolitik nicht nur denkbar gewesen wäre, sondern auch gedacht wurde. Es ist frappierend wie stark und vielfältig diese Stimmen waren. Allein im Regierungskabinet Adenauers waren mit Heinemann, Dehler und Kaiser drei bekennende Neutralisten. Rückblickend möchte ich hier nach den Gründen für das Scheitern der Neutralisten stellen.

Problematisch für ihren Erfolg war, dass die drei Kabinettsmitglieder ihre aktivste Phase nicht gemeinsam hatten. Heinemann setzte sich gleich zu Beginn 1949/1950 für ein neutrales Deutschland ein. Er scheiterte damit früh und gab schnell auf. Kaiser machte sich erst mit der Grotewohl-Briefen Ende 1951 und der Stalin-Note 1952 auch in der Öffentlichkeit wieder für seine neutralistische politische Position stark. Jetzt fehlten ihm allerdings die politischen Unterstützer. Und Dehler hat erst Jahre später verstanden, dass Adenauers Politik seiner eigentlichen politischen Position praktisch die ganze Zeit über widersprochen hatte.

Nur vereinzelt hatten die Minister zusammen gegen die Position des Kanzlers gearbeitet. Etwa als Kaiser und Dehler sich gemeinsam gegen die Bindungsformel aussprachen. Dass im Kabinet mehr Blockade gegen Adenauers Westbindung möglich gewesen wäre, zeigte die Auseinandersetzung um die Saarfrage. Hier konnte Dehler alle vier FDP-Kabinettsmitglieder und Kaiser für eine gemeinsame Position gegen Adenauer motivieren.

Noch frappierender erscheint einem der Misserfolg der Neutralisten, wenn man beachtet was außerhalb der Regierung mobilisiert und diskutiert wurde. Der Nauheimer Kreis, die Notgemeinschaft für den Frieden Europas und der deutsche Kongress verfolgte Adenauer mit Sorge. Hier ist es einer Mischung aus persönlichen Animositäten und unterschiedlichen politischen Neutralitätskonzepten zu verdanken, dass Adenauer sich keiner geschlossenen politischen Bewegung gegenüber sah. Die Neutralisten setzen sich aus einem sehr breiten politischen Spektrum zusammen, welches die Einigungsversuche erschwerte.

Hätten sich etwa Heinemann und Kaiser nicht während ihrer Regierungszeit von den Bürgerinitiativen distanziert, sondern sie aktiv eingebunden und unterstützt, hätten die Minister sich auf sie bei ihren Versuchen Ade-

¹³² Wengst, Udo.: Thomas Dehler 1897-1967, München 1997, S. 351; zitiert nach Gallus 2001, S. 92.

¹³³ Foschepoth, Josef: Die Einheit Deutschlands in der Politik Konrad Adenauers; in: Hübsch 1998, S. 125

nauer zu bremsen, auf sie stützen können. Der Einfluss der Initiativen wäre zudem möglicherweise größer gewesen.

Dass sich die Neutralisten nicht durchsetzen konnten, liegt aber auch an der unklaren Position Schumachers SPD. Als größte Oppositionsfraktion hätte sich die Partei mit diesem Thema gegenüber der CDU abgrenzen können. Doch dazu konnte sich Schumacher aufgrund seiner antikommunistischen und prowestlichen Grundhaltung nicht durchringen. Im Ergebnis wurde die neutralistische Position im Bundestag nicht bzw. nur durch die unklare Position der SPD vertreten. Wie stark diese neutralistische Position im Bundestag fehlte, zeigt Heinemanns Parteigründung der GVP, auch wenn diese an Verwicklungen des Wahlbündnispartners Bund der Deutschen scheitert.

Für eine erfolgreiche neutralistische Position hätte es mehr Kooperation bedurft. So blieben die frühen Jahre die „Zeit der Solisten“.

Anhang

I. Quellen / Quellensammlungen:

- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 5 (1952), bearbeitet von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989.
- Habel, Peter und Kistler, Helmut: Entscheidungen in Deutschland 1949 – 1955, Hof 1977.
- Jahn, Hans Edgar: Die deutsche Frage von 1945 bis heute. Der Weg der Parteien und Regierungen, Mainz 1985.
- Overesch, Manfred / Rüschemschmidt, Heinrich, u.a.: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland – Jahre der Entscheidung 1945 – 1949, Hannover 1989.

II. Literatur:

- Blumenwitz, Dieter und Zieger, Gottfried: Die deutsche Frage im Spiegel der Parteien, Köln 1989.
- Buczykowski, Ulrich: Kurt Schumacher und die deutsche Frage, Stuttgart 1973.
- Cornides, Wilhelm: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost Gesprächs in Deutschland, in: Europa-Archiv, 5. Jg (1950), 1. Teil in 11. Folge: S. 3069-3082; 2. Teil; 2. Teil in 12. Folge: S. 3103-3112.
- Kreuzberger, Stefan: Kampf für die Einheit – Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des kalten Krieges 1949-1969, Düsseldorf 2008.
- Dittmann, Knud: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung – Die politische Diskussion des Jahres 1952, Düsseldorf 1981.
- Dohse, Rainer: Der dritte Weg: Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974.
- Gallus, Alexander: Die Neutralisten : Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945 – 1990, Düsseldorf 2001.
- Grünewald, Wilhard: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Meisenheim am Glan 1971.
- Heinemann, Gustav: Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden, Frankfurt am Main 1966.
- Hoebink, Hein: Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949-1961, Meisenheim am Glan 1978.
- Hübsch, Reinhard: Als die Mauer wuchs: Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945 – 1970, Berlin 1998.
- März, Peter: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten, Frankfurt am Main 1982.
- Steiniger, Rolf: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin 1985.
- Zarusky, Jürgen: Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Neue Quellen und Analysen, Oldenburg 2002.
- Zitelmann, Rainer: Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen 1991.



Dieses Werk bzw. der Inhalt ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland License.

Sebastian Jabbusch, 31.3.2009

V. Weitere Angaben zur Arbeit:

- Wortzahl „Gesamt“: 12026
- Wortzahl „Text“: 11989
- Seitenzahl „Gesamt“: 27
- Seitenzahl „Text“: 19